

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 20. Juni 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

P 830 Postulat Estermann Rahel und Mit. über die verstärkte Medienbildung mittels eines virtuellen Kiosks für Jugendliche / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement i. V. mit Gesundheits- und Sozialdepartement

Der Regierungsrat beantrag Ablehnung.
Rahel Estermann hält an ihrem Postulat fest.

Rahel Estermann: Wissen Sie, was «News-Deprivierte» sind? Sie selber sind es nicht, denn als Politikerinnen und Politiker konsumieren Sie viele, hoffentlich qualitativ gute Nachrichten. News-Deprivierte sind das Gegenteil, es sind Menschen, die wenig oder gar keine News konsumieren und wenn, dann kostenlose Online- und Social-Media-Angebote. Das sind mehr Menschen, als man denkt. Vor einigen Jahren, 2019, waren es bei den 16- bis 29-Jährigen 56 Prozent. Mehr als die Hälfte also hat wenig oder keine News konsumiert. Inzwischen dürften es noch mehr sein. Diese jungen Menschen haben keine soliden Informationen über das Weltgeschehen. Ein gewisses Mass an Teilhabe an unserer Welt und am Journalismus, der über diese Welt berichtet, ist aber für eine lebendige und starke Demokratie unerlässlich. Ein hoher Anteil an News-Deprivierten ist für unsere Demokratie sehr bedenklich. Je jünger diese Personen sind, umso schwieriger, weil sie wahrscheinlich nicht plötzlich mit 50 Jahren damit beginnen, die Zeitung zu lesen. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, im Gegenteil, wir müssen immer wieder ins Fundament investieren. Zu diesem Fundament gehört es, dass der Anteil der News-Deprivierten relativ klein ist, sich aber möglichst viele Personen mit qualitativ guten Informationen über Wirtschaft, Politik und Gesellschaft informieren. Dazu steht im Kontrast, dass inzwischen viele Menschen im Zeitalter der vermeintlichen Gratisinformationen aufwachsen oder aufgewachsen sind. Es wäre also für unseren Kanton eine lohnende Investition, wenn diese Menschen, vor allem die jüngeren, sich angewöhnen würden, für ihre Meinungsbildung guten Journalismus zu nutzen und dafür auch bezahlen würden. Das funktioniert aber nur dann, wenn wir es schaffen, dass der Medienkonsum Teil des Alltags wird. Wenn man damit beginnt, qualitativ gute Medien zu nutzen, kommt man auf den Geschmack. Denken Sie doch an Ihre eigenen Jugendjahre, damals haben Sie wahrscheinlich damit begonnen, die «Luzerner Zeitung», das «Vaterland», den «Boten» oder die «Luzerner Neusten Nachrichten» zu lesen. Die Regierung weist in ihrer Stellungnahme zu Recht darauf hin, dass ein verbilligtes Einstiegsangebot nicht zwingend dazu führen muss, ein Abonnement zu kaufen. Aber irgendwie müssen wir ja anfangen. Es scheint mir nicht verkehrt zu sein, bei den jungen Menschen zu beginnen. Das Postulat verlangt einen verbilligten Zugang für junge Menschen zu qualitativ guten Informationen. Andere Kantone gehen voran und wollen die Demokratie und ihren Medienplatz pushen. Der Kanton Waadt fördert einen virtuellen Medienkiosk mit kostenpflichtigen lokalen Titeln schon länger. Damit soll der Zugang zu professionellem Journalismus erleichtert werden. Der Kanton Freiburg schlägt in seiner neusten Vernehmlassung genau das Gleiche vor. Fast alle in diesem Rat sind stolz auf unsere

lebendige politische Kultur im Kanton mit sehr aktiven Jungparteien. Pflegen wir diese Kultur, indem wir diesen jungen Menschen die Gelegenheit geben, auch qualitativ gute Informationen für ihre politische Arbeit zu nutzen. Unterstützen wir auch – ohne einzelne Anbieter zu bevorzugen – die Luzerner Medien. Der Luzerner Kiosk soll vor allem lokale Medien benutzen. Ich bin überzeugt, dass unser Kanton eine neue Chance für die Demokratie, den Medienplatz und die junge Generation ergreifen sollte. Schauen wir den Veränderungen nicht einfach zu, denn diese machen uns Sorgen. Ich bitte Sie im Namen der Grünen Fraktion, dem Postulat zuzustimmen.

Ursula Berset: Die Vorstösserin verlangt, dass der Kanton in die Bresche springt und ein Medienangebot für Jugendliche entwickelt und zu günstigen Konditionen bereitstellt. Gerade in politischen Themen wünscht man sich oft eine gepflegtere, faktenbasierte Diskussion, auch wir von der GLP-Fraktion. Somit können wir das Anliegen von Rahel Estermann gut verstehen. Aber die Jugendlichen konsumieren vor allem das, was für sie attraktiv ist, ja auch aus finanzieller Sicht, aber auch ein Angebot, das inhaltlich auf sie zugestimmt ist und in ihrer Gruppe genutzt wird. Wer kann ein Angebot erstellen, das für Jugendliche attraktiv ist und ein Teil ihres Alltags wird? Das ist aus liberaler Sicht klar eine Aufgabe des Marktes. Uns ist nicht ersichtlich, wieso der Kanton das besser machen kann als die Profis im Markt. Auch wenn der Kanton ein gutes Angebot erstellen kann, so wird es dennoch sehr schwierig sein, die Jugendlichen über den Preis zu erreichen. Schon heute gibt es Gratisangebote. Die Jugendlichen wählen nach ihren eigenen Schwerpunkten, was sie konsumieren wollen. Wenn es einen Bezug zur ihrer Lebensrealität hat, dann fühlen sie sich angesprochen. Nur weil es gratis auf dem Tisch liegt, wird es nicht höher gewichtet. Ein ganz konkretes Beispiel: Die «Luzerner Zeitung» liegt jeden Morgen bei uns auf dem Tisch. Meine Testgruppe von zwei Jugendlichen zeigt ein klares Ergebnis: Die Zeitung ist nicht attraktiv, die Informationen werden aus anderen Kanälen bezogen. Auf Nachfrage erhalte ich die Auskunft, dass sie auf Instagram eher «20 Minuten» abonnieren als die «Luzerner Zeitung». Wieso das so ist, kann ich nicht nachvollziehen, aber beide sind gleich gut zugänglich und gratis. Die GLP-Fraktion lehnt es aus diesen Gründen ab, dem Kanton den Auftrag zum Aufbau eines Medienkiosks für Jugendliche zu erstellen, und lehnt das Postulat ab.

Daniel Rüttimann: Nicht nur die Gesellschaft hat sich verändert und verändert sich weiterhin, sondern auch alles darum herum, auch die Medienlandschaft. Das Konsumverhalten der Leserinnen und Leser wird sich ebenfalls verändern, unabhängig vom Alter. Das Anliegen der Postulanten können wir im Grundsatz nachvollziehen. Die heutigen Kinder und Jugendlichen wachsen in einer vielfältigen Medienwelt auf, und der virtuelle Raum ist für viele Jugendliche wichtiger als der direkte Austausch mit dem persönlichen Gegenüber. Wie die Regierung schreibt, sind die verschiedenen Lehrpläne darauf ausgerichtet, das gezielt zu fördern und zu unterstützen, und das soll auch weiterhin und wenn nötig zusätzlich unterstützt werden. Die Mitte-Fraktion unterstützt demzufolge die Stellungnahme der Regierung und die ablehnende Haltung zu diesem Postulat. Wir sehen keine Veranlassung, ein kantonales Subventionsmodell für Medien aufzubauen und mitzufinanzieren, sondern hier soll der Markt spielen. Die Mitte-Fraktion lehnt das Postulat mehrheitlich ab.

Monika Schnydrig: Medienkompetenz bedeutet, bewusst und vor allem verantwortungsvoll mit Medien umzugehen. Neben der Familie sind Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Jugendarbeit und sozialpädagogische Institutionen wichtige Orte zur Vermittlung der Medienkompetenz. Personen, die mit Kindern und Jugendlichen leben oder mit ihnen arbeiten, haben eine wichtige Vorbildfunktion. Um junge Menschen kompetent im Medienalltag begleiten zu können, braucht es ein Bewusstsein für den eigenen Medienumgang, aber auch das Wissen um rechtliche Belange. In diversen

Studien kann nachgelesen werden, dass nur wenige Jugendliche Zeitung lesen. Dieser Befund gilt übrigens auch für Gratisblätter, was belegt, dass ein Bezahlabonnement nicht der Hauptgrund für die Medienabstinenz ist. Inwiefern dieses Bewusstsein zum Zeitunglesen usw. gefördert wird, wenn der Kanton kostenpflichtige Angebote verbilligt oder gratis zugänglich macht, ist sehr fraglich. Überdies gibt es schon heute Apps, über die man für wenige Franken monatlich diverse Zeitungen und Zeitschriften online lesen kann. Auch störend ist definitiv eine zusätzliche kantonale Subventionierung von Medien, denn gerade in die Medienbranche fliessen definitiv schon genügend Steuerfranken. Die Medienunternehmen aber haben selber ein ureigenes Interesse daran, zeitgemässe Informationsangebote für politisch Interessierte zu entwickeln, auch für Junge. Sie haben auch die nötigen Kompetenzen, und man darf das von ihnen auch erwarten. Aus den genannten Gründen lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab.

Sibylle Boos-Braun: Es ist eine Tatsache, dass sich Kinder und Jugendliche – übrigens auch Erwachsene – heutzutage vor allem online informieren und die inhaltliche Qualität solcher Medien nicht nur gut ist. Trotzdem unterstützt die FDP-Fraktion den von der Postulantin geforderten Medienkiosk nicht, weil damit das Problem nicht gelöst werden kann. Ein kostengünstigerer Zugang zu Medien wird das fehlende Interesse nicht wecken oder verstärken. Bereits heute ist es möglich, Zeitungen zu lesen, etwa über das Zeitungsabonnement der Eltern. Leider wird diese Möglichkeit nicht oft genutzt. Auch in der Volksschule, den Gymnasien und den Berufsschulen ist die Medienbildung ein wichtiges Thema, und es wird versucht, das Interesse an Aktualitäten und breitem Wissen zu fördern. Zudem ist die Forderung des Postulats auch ein Widerspruch. Die Postulantin schreibt, dass die Jugendlichen das Bewusstsein verloren hätten, dass guter Journalismus Geld koste. Mit ihrem Vorstoss will sie aber ein subventioniertes Angebot schaffen und so den Wert des guten Journalismus senken. Das ist in unseren Augen klar ein falsches Zeichen. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Sarah Bühler-Häfliger: Die SP-Fraktion unterstützt das Postulat. Studien zeigen, dass Jugendliche zunehmend das Interesse an klassischen Medienformaten wie TV, Radio und Zeitungen verlieren. Sie konsumieren News stattdessen auf Apps, Social Media und/oder auf Podcast-Plattformen wie Spotify. Immer mehr wandern ab zu Gratisinhalten und Unterhaltungs- statt Informationsangeboten. Die Medien als vierte Staatsgewalt stehen deshalb vor grossen Herausforderungen. Wollen wir weiterhin eine informierte Luzerner Öffentlichkeit? Braucht es entsprechende Strukturen, in denen Medien ihre staatspolitisch wichtige Funktion wahrnehmen können? Das Postulat bietet uns ein wichtiges Instrument, um auf eine innovative und spannende Art auf diese Veränderungen zu reagieren, eine Art «Jugend-GA» für News. Der Umgang mit verschiedenen Medienangeboten muss gelernt werden. Das ist nur möglich, wenn es auch Angebote zum praktischen Üben gibt, in diesem Fall eben Medien von guter journalistischer Qualität. Diese gibt es, wie der Regierungsrat ausführt. Jedoch nützt es nichts, wenn die Angebote für die Jugendlichen nicht sichtbar und niederschwellig zugänglich sind. Die Regierung zweifelt, ob mit dem Angebot des virtuellen Kiosks das Bewusstsein gefördert wird, dass guter Journalismus Geld kostet. Nun, die Idee ist ja, Jugendliche in der jungen Phase «gluschtig» zu machen, damit sie im Erwachsenenalter mit mehr finanziellen Einnahmen bereit sind, für Qualitätsjournalismus zu bezahlen. Schliesslich geht es auch um Chancengerechtigkeit, da nicht bei allen Jugendlichen zu Hause die «Luzerner Zeitung» oder der «Willisauer Bote» auf dem Küchentisch liegt. Gerade regionale Zeitungen und damit dem regionalen Zusammenhalt bietet sich hier eine grosse Chance, um auf sich aufmerksam zu machen. Wer sagt denn, dass im virtuellen Kiosk alles gleich laufen muss? Das Feld ist offen und attraktiv für neue Formate von

Qualitätsjournalismus, zum Beispiel auch von Jungen für Junge gemacht. So kann der Kanton mit seiner Unterstützung Innovation fördern. Ich bitte Sie deshalb, das Postulat erheblich zu erklären.

Rahel Estermann: Der Kanton muss kein Angebot schaffen, sondern Hürden abbauen und einen Markt schaffen. Dieser im Kiosk entstandene Markt würde Anbieter motivieren, mehr junge Menschen zu erreichen. Das könnte also auch ein Innovationsförderungsprogramm sein. Die Gratisinhalte sind ein Problem, das wir angehen müssen. Es ist ein Einstieg und ein Vorschlag, mit verbilligten Angeboten zu beginnen. Das ist auch die Logik, die wir im öV anwenden, auch dort gibt es verbilligte Abonnemente für junge Menschen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Das politische Wissen der Bevölkerung ist eine wichtige Grundlage für eine funktionierende Demokratie. Die Medien haben eine wichtige Funktion für die politische Bildung und eine objektive Berichterstattung zur Meinungsbildung. Hier können sich Interessierte über die lokalen, regionalen, nationalen oder internationalen Themen informieren. Im Kanton Luzern besteht eine noch weitgehend intakte Medienlandschaft mit einer Mischung von frei zugänglichen Medien und Abonnementstiteln. Zudem verfügt der Kanton über eine vielfältige Regionalpresse. Dafür sind wir dankbar, und darauf sind wir stolz. Ich danke dafür allen Medienschaffenden herzlich, auch den hier anwesenden. Die Medienlandschaft, aber auch der Medienkonsum haben sich in den letzten Jahren stark verändert, und das beunruhigt uns wohl alle. Der Trend geht immer mehr weg vom Qualitätsjournalismus hin zu Schlagzeilen. Aber eben auch, weil Schlagzeilen konsumiert werden und nicht Qualitätsjournalismus. Die Medienlandschaft kämpft damit, auch mit der Abkehr von kostenpflichtigen Informationsinhalten hin zu kostenlosen Unterhaltungsangeboten. Das ist aber ein weltweiter Trend. Wir haben das Beispiel von Ursula Berset gehört, bei den Jungen liegt es im Trend, sich über Social Media zu informieren und nicht über Bezahlangebote, die notabene auch längere Artikel bringen, weil der Sachverhalt vielfach komplex ist. Es gibt also keine einfache Lösung, darüber sind wir uns einig, aber wir können die Konsumentinnen und Konsumenten auch nicht zu etwas zwingen. Wir haben zweifelsohne eine Verantwortung, im Speziellen gegenüber unseren Kindern, wie sie mit diesen Medien umgehen sollen. Wir sind aber der Meinung, dass der Aufbau eines kostenlosen Angebots beziehungsweise ein Subventionsmodell auf kantonaler Stufe der falsche Weg ist. Die politische Bildung der Kinder und Jugendlichen soll aber umso mehr gestützt werden, und der Umgang mit Medien ist auch ein Ziel im Lehrplan 21. Die Kinder sollen befähigt werden, wie man mit Informationen umgeht und auch falsche Informationen oder Quellen identifizieren kann. In diesem Sinn beantragt die Regierung, das Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 63 zu 30 Stimmen ab.